

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND | **SONDERNUMMER**

Aktionseinheit oder „Partei“laden-Politik?

Verlag Arbeiterkampf

1. Internes Papier des
, Regionalkomitee Wasserkante der KPD'
gegen den KB
2. Brief der Bündniskommission
des KB/Gruppe Hamburg
an das Komitee ,Kampf den Berufsverboten...'
3. Offener Brief der Leitung des KB
an die Mitglieder und Sympatisanten der „KPD“



Preis DM—,50

Internes Papier des „Regionalkomitee Wasserkante der KPD“ gegen den KB

Von Genossen wurde uns ein internes Papier der Hamburger „KPD“ gegen den KB übergeben, aus dem mit großer Klarheit hervorgeht, was die „KPD“-Führer sich von der „Aktionseinheit“ mit dem KB versprechen und mit welchen Unterstellungen und Verdrehungen sie den KB bekämpfen wollen. Wir haben uns dafür entschieden, dieses Papier umgehend zusammen mit einem „Offenen Brief“ an die Mitglieder und Sympathisanten der „KPD“ zu veröffentlichen, um die mit den Genossen der „KPD“ in Gang gekommenen schüchternen Ansätze einer Zusammenarbeit gegen diesen plumpen und kopflosen Angriff des „Regionalkomitees Wasserkante der KPD“ zu verteidigen.

Die Aktionseinheit zum 1. Mai war deshalb für die Partei ein großer Erfolg, weil es gelungen ist, den rechtsopportunistischen KB in wesentlichen Punkten dazu zu bringen, revolutionären Forderungen, die von der Partei vorgeschlagen wurden, zuzustimmen. Diese Forderungen, die gemeinsam zum 1. Mai aufgestellt wurden, widersprechen den rechten „Theorien“ der KB-Führer – diesen Widerspruch vor allem den im KB organisierten oder mit ihm sympathisierenden Arbeitern klarzumachen, muß unser Ziel sein. Dieser Prozeß der ideologischen Auseinandersetzung muß in kurzer Zeit auf eine Fraktionierung zwischen den klassenbewußten, von den KB-Führern getäuschten Arbeitern und der rechtsopportunistischen Führung hinauslaufen, langfristig organisieren wir damit den Niedergang und die Zerschlagung dieses Zirkels.

Es besteht also absolut kein Grund, jetzt in „Einheitseuphorie“ zu verfallen. Wir haben auch in der Aktionseinheit zum 1. Mai an keinem Punkt Zweifel gelassen, daß wir den KB weiter bekämpfen werden als einen rechtsopportunistischen, liquidatorischen Zirkel, der in allen Grundfragen des Klassenkampfes falsche Theorien vertritt. Die Partei hat als weiteres Vorgehen gegenüber dem KB festgelegt, daß wir versuchen werden, in allen Fragen des Klassenkampfes den KB in revolutionäre Aktionseinheiten zu zwingen, Aktionseinheiten, die im Widerspruch zu den „Theorien“ der KB-Führer stehen und die Widersprüche in diesem Zirkel zwangsläufig verschärfen werden. Wie weit sich in den konkreten Fällen die Widersprüche verschärfen werden, das hängt allerdings zum großen Teil von den Fähigkeiten jedes einzelnen Genossen ab, den falschen Vorstellungen des KB entschieden und anschaulich entgegenzutreten zu können.

Nur mit dem Mittel des scharfen, unnachgiebigen Kampfes um die ideologischen Positionen werden wir aber über punktuelle Aktionseinheiten hinaus, die klassenbewußten, fortschrittlichen Mitglieder des KB gewinnen, die rechte Führung aber isolieren können. Die folgenden Ausführungen sind keine umfassende Analyse der Politik und der Vorstellungen des KB, sie sollen unsere Kritik an einigen wichtigen Positionen des KB zusammenfassen und für jeden Genossen im ideologischen Kampf eine Argumentationshilfe sein.

1. Geschichte des KB

Zu Beginn der Studentenbewegung (ca. 67) gründeten in Hamburg einige Lehrlinge und Studenten das Sozialistische Lehrlingszentrum (SLZ), das allerdings während dieser Zeit hauptsächlich ein Anhängsel des SDS war und wenig eigene Initiativen entwickelte. Es nannte sich bald darauf um in Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ) und begann hauptsächlich unter den Lehrlingen von Blohm & Voss zu arbeiten. Insgesamt beschränkte das SALZ zu dieser Zeit sich vor allem auf antiimperialistische Aktionen (gegen den Korvettenbau für Portugal bei B & V), sporadisches Eingreifen in Lehrlingskonflikte bei B & V (Herausgabe einer eigenen Zeitung, die für damalige Zeiten recht gut war) und setzte sich ansonsten mit Sex- und psychologischen Problemen auseinander.

Mit der Auflösung des SDS setzten auch innerhalb des SALZ die Richtungskämpfe ein und es kam zu Abspaltungen, der Hauptteil des SALZ verfolgte danach einen ökonomistischen Kurs, während die eine Abspaltung über Umwege zur DKP ging, die andere sich als SALZ/Bolschewiki neu sammelte. Die anfänglichen guten Ansätze in der Politik des SALZ gerade während der Studentenbewegung gingen völlig verloren, die Politik des SALZ war durch und durch ökonomistisch. Dies änderte sich auch nicht nach der Wiedervereinigung mit der SALZ/B-Abspaltung, die sich erfolglos bemüht hatte, Arbeiter für ihre Politik zu gewinnen, sich schließlich auf die Herausgabe einer Zeitung (KAB AZ) beschränkte und in KAB umbenannt wurde. Durch die Zusammenlegung von SALZ und KAB versuchte das SALZ seine ökonomistische und konzeptionslose Politik durch den KAB „theoretisch zu begründen“ (so gelten auch noch heute die alten Artikel aus der KAB AZ als die theoretischen Begründungen für die Positionen des KB). Zugleich versuchten sie mit dieser Zusammenlegung, die in der Metalltarifrunde 71 noch durch eine ganze Reihe weiterer lokaler Zirkel hauptsächlich aus dem norddeutschen Raum erweitert wurde, praktisch zu beweisen, daß ihr Konzept des Parteiaufbaus über den Zusammenschluß lokaler Zirkel auf minimaler Grundlage richtig war.

Dieses Konzept war selbstverständlich zum Scheitern verurteilt, bei den bestehenden Differenzen und Unklarheiten in und zwischen den einzelnen Zirkeln. Von da ab unternahm der KB keine weiteren Versuche in dieser Richtung, sondern beschränkte sich darauf, Buchhandlungen in den verschiedenen Städten aufzubauen und die kleineren Zirkel zum Verkauf des „Arbeiterkampf“ einzusetzen. Sie konzentrierten sich von da ab hauptsächlich auf die von den „Theoretikern“ des KAB eingeführte „Faschisierungstheorie“, die ihnen als Begründung für ihre Kapitulationspolitik diente.

Durch ihre ökonomistische Politik einerseits verloren sie eine Reihe ihrer Mitglieder an die DKP, durch ihre unsolidarische und unernste Auseinandersetzung mit unserer Partei andererseits erwuchsen ihnen tiefe Widersprüche in ihren eigenen Reihen. Mit der Gründung des RK Wasserkante unserer Partei be-

gannen sie eine zügellose Hetze gegen die Partei, beschimpften das RK als eingeflogene westberliner Studenten, erklärten, die Partei sei schlimmer als die Baader-Meinhof-Gruppe, ein Haufen von Provokateuren, versuchten eine Veranstaltung des KSV zur DDR zu sprengen und hetzten der Partei anlässlich einer Vietnamdemonstration die Polizei auf den Hals. Die ihnen daraus erwachsenen Widersprüche in den eigenen Reihen zwangen sie zu einer Korrektur ihrer Politik, die gerade in der Aktions-einheit zum 1. Mai zum Ausdruck kommt.

2. Die Faschisierungstheorie

In den Augen der KB-Führer ist die Entwicklung in der Bundesrepublik in den letzten 25 Jahren von einem Merkmal gekennzeichnet: von der „beschleunigten Faschisierung von Staat und Gesellschaft“. Unter dieser Parole faßt der KB die einzelnen Etappen des Wiedererstarkens des westdeutschen Imperialismus zusammen: die Entwicklung des BRD-Imperialismus in seiner allgemeinen gesetzmäßigen Tendenz zu Stagnation und Fäulnis, die schnelle Entwicklung des BRD-Imperialismus in der Rekonstruktionsperiode, die eine gewaltige Stärkung gegenüber den anderen wichtigen Großmächten brachte, die verstärkten Anstrengungen – einhergehend mit dem Regierungswechsel von der CDU zur SPD – zum Sprung in den Reigen der imperialistischen Großmächte selbst. Die Organisation dieser Klasseninteressen der Bourgeoisie erforderte unterschiedliche Maßnahmen, in den letzten Jahren beschleunigte Maßnahmen zur Zentralisierung und zum Ausbau des Staatsapparats nach innen und nach außen. Einzelne Maßnahmen, wie z.B. das Verbot von GUPA und GUPS bezeichnen wir als faschistische Maßnahmen im Sinne von offen terroristischen Aktionen. Der Begriff der Faschisierung wird jedoch seiner marxistisch-leninistischen Bedeutung beraubt, wenn er nicht einen Zeitraum charakterisiert, der hauptsächlich die wichtigsten Maßnahmen des Staatsapparats auszeichnet.

Dieser Zeitraum kann nicht beliebig lang sein, da die objektiven Bedingungen gegeben sein müssen, daß die Bourgeoisie aufgrund schwer angeschlagener Positionen die baldige Errichtung der offen terroristischen, faschistischen Diktatur anstrebt, weil sie ihr die letzte Möglichkeit zur Sicherung der Klassenherrschaft zu sein scheint. Wir gehen davon aus, daß die westdeutsche Monopolbourgeoisie dies gegenwärtig noch nicht anstrebt, weil sie sich gegenwärtig noch stark wähnt und noch ihren Manövrierspielraum innerhalb der bürgerlich-demokratischen Gesellschaftsordnung ausnutzen kann. Zweitens gehen wir davon aus, daß eine erneute faschistische Diktatur auch in neuen Formen eingeführt wird – falls die Bourgeoisie noch einmal in der Lage sein wird, die offen terroristische Diktatur zu errichten.

Die Theorie der Faschisierung ist eng verknüpft mit der Vorstellung nicht allein der Rechtsentwicklung der Bourgeoisie, sondern der Rechtsentwicklung des Volkes (!). Wir gehen demgegenüber davon aus, daß wir uns in einer Periode des Aufschwungs der Klassenkämpfe befinden. Die vor allem seit den Septemberstreiks 1969 zunehmende Entschlossenheit von Teilen der Arbeiterklasse, den Klassenkampf unversöhnlich – vor allem in der Fabrik – zu führen, bedeutet das Erstarken der proletarischen Klassenfront, deren revolutionäre Bedeutung wir überall propagieren und dessen Kampfgeist wir organisieren müssen: als lokaler Zirkel vergißt der KB diese zentrale Aufgabe der Kommunisten, beklagt die Schwäche und Zersplittertheit des Proletariats und stiert wie gebannt auf die vorbereitenden Maßnahmen der Bourgeoisie für die kommenden Kämpfe, die er als „Faschisierung von Staat und Gesellschaft“ hilflos anklagt.

Imperialistische Mobilisierungen wie die anlässlich der „Ölkrise“ müssen als „Beweis“ für die Rechtsentwicklung unterschiedslos aller Klassen und Schichten in der BRD herhalten, die Bourgeoisie befinde sich angeblich überall in der Offensive. Tatsache ist – um bei dem Bild „Rechts-Links“ zu bleiben –

daß die Klassenwidersprüche in der BRD zunehmen, daß diese Verschärfung sich in einer „Linksentwicklung der Arbeiterklasse“ und einer „Rechtsentwicklung“ der Bourgeoisie und ihres Staates ausdrückt: nicht umsonst ist das faschistische Märchen der „Volksgemeinschaft“ an dieser Klassenwirklichkeit sehr schnell zerborsten, müssen Scheinaktivitäten gegen die profitgierigen Ölkonzerne eingefädelt werden.

Dem KB fehlt jede materialistische Analyse des imperialistischen Staates und der Aufgaben, die den Monopolparteien zukommen: der Tendenz nach stellt sich beim KB eine unterschiedliche Einschätzung der beiden Monopolparteien ein: die SPD demokratisch und entspannungsfreundlich, die CDU antidemokratisch und entspannungsfeindlich. Beweis: in ihrem Mai-Aufruf feiern und preisen die KB-Führer die imperialistische Mobilisierung zum Mißtrauensvotum der CDU/CSU im Mai 72, die die Sozialdemokratie und die modernen Revisionisten zum Abschluß der imperialistischen Ostverträge in Gang setzten, um die imperialistische Zusammenarbeit des BRD- und sowjetischen Sozialimperialismus zu krönen. Ebenso wie viele fortschrittliche Menschen sich von dem Friedens- und Entspannungsgedusel täuschen ließen, propagiert hier der KB offen die Scheinfront des „Kampfes gegen das Rechtskartell“ als Front mitten durch die Bourgeoisie – wie jeder gute Revisionist!

3. Gewerkschaftsfrage

Der KB stellt seine Gewerkschaftspolitik unter die Hauptlosung: „Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse“. Wir lehnen diese Losung ab, weil sie die Illusion hervorruft, als wäre es unter den Bedingungen des Imperialismus, wo die bestehenden Gewerkschaften gespalten sind, von den Führern, die auf der Seite der Bourgeoisie stehen, gespalten wurden, die Gewerkschaften insgesamt als Kampforganisationen der Arbeiterklasse nutzbar zu machen. Dies heißt ja nichts anderes, als daß es möglich ist, den zentralen Apparat der DGB-Gewerkschaften zu erobern. Hier aber macht der KB einen Rückzieher von seiner eigenen Theorie, er erklärt nämlich völlig richtig, daß es unmöglich ist, diesen zentralen Gewerkschaftsapparat zu erobern. Auf der anderen Seite aber weist er die revolutionäre Linie des Kampfs in den Gewerkschaften für den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition als sektiererisch zurück. Er behauptet (was er bezeichnenderweise aber nur mit KPD/ML-Zitaten „beweist“) – wir wollten blitzblanke neue Gewerkschaften aufbauen, und schreibt: „Im Begriff der revolutionären Gewerkschaftsopposition liegt die Gefahr, daß getrennt wird zwischen einer vorläufigen Minderheit revolutionärer Arbeiter und einem größeren Teil, der mit der DGB-Politik unzufrieden ist, ohne daß er schon für den Sozialismus kämpft.“ (AK 40, S. 8)

So baut nicht etwa die SPD den imperialistischen Staatsapparat aktiv aus – geschweige, daß die SPD vermeintliche Faschisierung anstrebe, wie es ihre Theorie eigentlich sagt, sondern: „SPD- und DGB-Führer möchten nur die 'ärgsten Auswüchse' des Kapitalismus beschneiden, um ihn dann in etwas weniger abstoßender Gestalt dem arbeitenden Volks als 'demokratischen Sozialismus' schmackhaft zu machen und damit die Existenz des Kapitalismus zu verlängern.“ (Zitat aus Mai-Aufruf des KB 1974, S. 3)!!!

An diesem Punkt wird der ganze Zirkelstandpunkt und dessen Beschränktheit deutlich: nicht um die Entfaltung des Kampfes um die Führung der Kommunisten geht es dem KB, er wartet darauf, daß spontan, ohne das Eingreifen der KP, die Arbeiterklasse den revolutionären Kampf beginnt (darauf wird er lange warten). Die selbständige oppositionelle Organisation von Kollegen (folgt eine unleserliche Stelle in der Vorlage) nur richtig, wo sie ihm von den Bonzen aufgezwungen wird, bei Gewerkschaftsausschlüssen.

Die Beschränkung der selbständigen Mobilisierung und die Unfähigkeit, als Kommunisten in den Gewerkschaften zu kämpfen, muß von uns in der Weise angeprangert werden, daß wir den klassenbewußten K.B.-Genossen zeigen, daß es möglich ist, an allen Fronten des betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampfes durch selbständige Organisation und deren Verbindung mit dem Kampf um innergewerkschaftliche Positionen Erfolge zu erzielen – ohne irgendwelche Illusionen über den Klassencharakter des zentralen DGB-Apparats und die Möglichkeit, ihn zu erobern, zu haben oder zu verbreiten.

Gerade bei diesen Fragen des betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampfes kann vielen K.B.-Genossen die richtige revolutionäre Kampfesführung leicht klar gemacht werden (weil es keine andere erfolgversprechende Möglichkeit gibt), es ist deshalb wichtig, wie im Drupa-Bereich bereits begonnen – über die Zusammenarbeit in einzelnen Fragen den K.B.-Genossen den ganzen Unsinn ihrer Gewerkschaftslosung vor Augen zu führen anhand des Widerspruchs zur eigenen, richtig und revolutionär bestimmten Praxis zusammen mit uns.

4. Der „antirevisionistische Kampf“ des K.B.

Wie fast alle aus der Studentenbewegung gegründeten Zirkel zeichnet sich auch der K.B. durch verbale Kritik an der DKP aus, eine Kritik, die im Kern zusammengefaßt ist in dem Satz „die DKP ist eine neue reformistische Partei“. Aufgezeigt wird das an ihrer Gründungsgeschichte, ihrem Ökonomismus, ihrer Parteitheorie und ihrer Gewerkschaftspolitik. Obwohl alle diese verbalen Kritiken richtige Momente einer Revisionismuskritik sind, vermögen sie jedoch nicht das Wesen der DKP zu erklären und damit auch nicht einen konsequenten Kampf hiergegen zu organisieren.

Obwohl der K.B. sieht, daß die DKP von der großen Koalition zugelassen wurde – als Teil der imperialistischen Ostpolitik und Zugeständnis an den Sozialimperialismus – kann er die Rolle der DKP nicht richtig einschätzen, weil er nicht sieht, daß die DKP in der Hauptseite eine Agentur der sowjetischen Sozialimperialisten und der neuen Bourgeoisie der DDR ist. Er sieht das deshalb nicht, weil er die Sowjetunion nicht als imperialistischen Staat einschätzt und nicht die Restauration des Kapitalismus in der DDR sieht. Obwohl er an einzelnen Punkten die imperialistische Politik der SU beschreibt (Indien, Naher Osten, Kambodscha), spricht er gleichzeitig noch von sozialistischen Ländern oder der revisionistischen SU. Angeblich deshalb, weil der Begriff „Sozialimperialismus“ „den Antikommunismus befördert“, in Wirklichkeit jedoch, weil er den konsequenten Kampf gegen den Sozialimperialismus ablehnt.

Für den K.B. ist die DKP eine reformistische Volkspartei, ein noch kleineres Übel als die SPD, die er nur deshalb 72 nicht bei der letzten Bundestagswahl zu wählen empfahl, weil sie die 5%-Hürde nicht nehmen kann. Daher beschränkt er sich darauf, die Denunziantenrolle und Schweinereien von DKP-Führern anzuprangern, um so die Mitglieder zu gewinnen. Deshalb strebt er auch immer wieder Aktionseinheiten mit der DKP an und bekämpft dabei, nur um zu einer Einheit mit den Revisionisten zu kommen, unsere Politik. Dies zeigte sich besonders in den antiimperialistischen Aktionen der letzten Jahre zur Unterstützung des Kampfes des vietnamesischen Volkes, in denen er die Parole „Sieg im Volkskrieg“ und Parolen gegen den Sozialimperialismus ablehnte, um nur nicht die DKP zu verschrecken.

Diese, das Wesen der DKP überhaupt nicht begreifende Theorie, verbunden mit der Übernahme eines zentralen revisionistischen Theorieelements, der „Rechtskartell“-Theorie – um nichts anderes handelt es sich bei der Faschisierungstheorie – führte in der Praxis nicht nur zur Kapitulation vor dem Modernen Revisionismus, sondern auch zum Übertritt zahlreicher Mitglieder zur DKP. Nach der Bundestagswahl und besonders nach dem Putsch in Chile ist deutlich eine schärfere Abgrenzung und Anprangerung der revisionistischen Politik zu erkennen. Wieweit dies auch zu praktischen Korrekturen führen wird, hängt entscheidend von unserer Politik gegenüber dem K.B. ab.

5. Parteiaufbau

Seit dem Scheitern des Versuchs in der Metalltarifrunde 71, über die Minimalplattform die verschiedenen Zirkel zu einem Superzirkel zusammenzufassen, der dann über Diskussionen zur Vereinheitlichung und schließlich zum Aufbau der Partei kommen sollte, hat der K.B. die Frage des Parteiaufbaus vollständig zu den Akten gelegt.

Nur noch einmal hat sich der K.B. zu dieser Frage geäußert, während der Auseinandersetzungen mit der Partei, als das RK Wasserkante seine Arbeit aufnahm. Diese Auseinandersetzung bewegte sich aber auf der Seite des K.B. auf der Ebene plattester Beschimpfungen und demagogischer Äußerungen, die zwar für die damalige Politik markant, für die heutige Auseinandersetzung unerheblich sind.

Der K.B. hat seit dieser Zeit, obwohl unter den Mitgliedern offensichtlich ein großes Interesse an der Klärung dieser Frage bestand, nur noch über die allgemeine Notwendigkeit des Wiederaufbaus der KPD gesprochen. Durch den Zusammenschluß von NRF und KBB zu einem Zirkelblock wiederum gezwungen, Stellung zu beziehen (denn was NRF und KBB machten, war praktisch die K.B.-Theorie des ‚Parteiaufbaus‘), kritisierte der K.B. am KBW zwar richtig, daß die subjektiven Bedingungen – die Existenz kommunistischer Kräfte – vom KBW als objektive Bedingungen des Parteiaufbaus ausgegeben werden. Es erklärt richtig, wenn man von den objektiven Bedingungen ausginge, „so kam schon die Gründung der KPD/ML Ende ‘68 nicht etwa zu früh, sondern bereits sehr spät“ (AK 24/72). Dies ist zwar ein Fortschritt gegenüber früheren Positionen, in denen sie den Zeitpunkt der Notwendigkeit der KP auf den Tag des „Erstarkens der Arbeiterbewegung“ verschoben. Demgegenüber weichen sie aber in vollständig schwammiger Weise der Frage der subjektiven Voraussetzung zur Gründung der KP aus. Sie beschränken sich darauf, als Bedingungen Stalins Ausführungen in den Grundlagen des Leninismus zu zitieren zu den Prinzipien einer bolschewistischen Partei. Die Frage, wie sie zu dieser Partei kommen und was sie selbst für Schritte unternehmen, beantworten sie nicht. Es zeigt sich, daß es den K.B.-Führern nicht geht um den Aufbau der KPD, sondern um Pflege und Wachstum ihres lokalen Zirkels.

„Der Mangel an revolutionärer Erfahrung hat seine Ursache im Zustand der aktuellen Arbeiterbewegung und der geringen Verbindung der Kommunisten mit der Arbeiterbewegung“ – Der K.B. erklärt die Notwendigkeit der KP, um die Gründung der Partei auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben, auf jenen illusionären Tag, an dem die Kämpfe der Arbeiter ein solches Niveau erreicht haben, daß die Arbeiter von selbst zu Kommunisten werden. Für den K.B. sind nicht die Kommunisten die vorwärtstreibende Kraft, sondern sie warten auf und hängen an den Kämpfen der Arbeiterklasse. Diese Position, soweit sie sich überhaupt noch äußert, ist nichts anderes als die Leugnung der Notwendigkeit der Kommunistischen Partei!

6. Zusammenfassung

Der K.B. vertritt in allen Fragen der proletarischen Revolution in unserem Lande, der materialistischen Einschätzung der Klassen, ihrer gegensätzlichen Bewegung aufgrund der objektiven Widersprüche, der Rolle des Staatsapparats und der bürgerlichen Parteien antileninistische, rechtsopportunistische Positionen.

Wenn unsere Partei die ideologische Auseinandersetzung organisiert mit dem K.B. aufnimmt, so gilt für die Ausrichtung der eigenen Reihen, daß unsere Umsetzung des taktischen Prinzips der marxistisch-leninistischen Einheitsfrontpolitik durch das Mittel der Organisation revolutionärer Aktionseinheiten dann möglichst wirkungsvoll in der vollständigen Entlarvung der K.B.-Führer und ihrer rechtsopportunistischen Vorstellungen (...) Wird, wenn alle Parteigenossen wie die Parteigenossen, die Sympathisanten und die Genossen der

Massenorganisationen einheitlich die Kritik antileninistischer Positionen führen: notwendig setzt diese Auseinandersetzung, die den Niedergang dieses Zirkels organisiert, vollständige Klarheit aller Genossen über die Grundfragen der proletarischen Revolution in unserem Land voraus. Das heißt in erster Linie:

**NOCH GRÜNDLICHER DEN ENTWURF ZUM PROGRAMM UND AKTIONSPROGRAMM STUDIEREN!
NOCH ENTSCHLOSSENER FÜR IHRE VERBREITUNG UNTER DEN MASSEN KÄMPFEN!**

Diese Kaderlinie heißt zugleich, um die Mitglieder uns Sympathisanten, um die in irgendeiner Weise vom KB beeinflussten Genossen und Kollegen solidarisch und unermüdlich zu kämpfen und sie für die revolutionäre Sache zu gewinnen!

Welche allgemeinen Schlüsse können wir aus der Existenz des rechtsopportunistischen Zirkels KB hier in unserer Region ziehen?

Lenin wies in seinem Werk „Was tun?“ in der grundlegenden Auseinandersetzung mit den spontaneistischen Zirkeln nach, „daß jede Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, jede Herabminderung des „bewußten Elements“, der Rolle der Sozialdemokratie (der revolutionären Sozialdemokratie, d. Verf.), zugleich – ganz unabhängig davon, ob derjenige, der diese Rolle herabmindert, das wünscht oder nicht – die Stärkung des bürgerlichen Einflusses auf die Arbeiter bedeutet“ (Lenin, Ausgew. Werke I, S. 173)

„Kann nun von einer selbständigen, von den Arbeitermassen im Verlauf ihrer Bewegung selbst ausgearbeiteten Ideologie keine Rede sein, so kann die Frage nur stehen: bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht (denn eine „dritte“ Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen, wie es überhaupt in einer Gesellschaft, die von Klassengegensätzen zerfleischt wird, niemals eine außerhalb der Klassen stehende Ideologie geben kann)“ (Lenin, S. 175)

Diesen Hinweis des Genossen Lenin müssen wir äußerst ernst nehmen: wir dürfen auf keinen Fall über der Freude über die guten Ergebnisse unserer Einheitsfronttaktik den ideologischen Kampf gegen die falschen Vorstellungen der KB-Führer innerhalb der Aktionseinheit vergessen, in der Aktionseinheit nur die Einheit sehen und den Kampf um die richtige Linie vernachlässigen.

In der parteimäßig geführten Polemik gegen die opportunistischen Vorstellungen des KB müssen wir von folgender Einsicht ausgehen: es gibt keinen „dritten Weg“ der proletarischen Revolution neben der Generallinie unserer Partei – es sei denn, er verkörpert in irgendeiner Weise scheinrevolutionär verbrämten Weg der Bourgeoisie! Diese Wahrheit des Marxismus-Leninismus schlägt sich auch in allen Grundfragen der proletarischen Revolution in der „KB-Theorie“ nieder:

- + mit der Propagierung der Zersplittertheit der Arbeiterklasse und der allgegenwärtigen Offensive der Bourgeoisie – ohne auch nur an einem Punkt die Notwendigkeit und historische Überfälligkeit des Kampfes um die sozialistische Revolution nachzuweisen propagiert der KB – ob er es subjektiv wünscht oder nicht – eine ein für alle Mal gegebene Übermacht der Bourgeoisie (Rechtsentwicklung, Faschisierung, kein Wort zum Sozialismus), stärkt damit objektiv die Bourgeoisie!
- + durch die falsche Einschätzung der Sozialdemokratie, des Charakters der Gewerkschaften, ihrer offenen Haltung zum Sozialimperialismus hilft der KB objektiv, die wirklichen Klassenfronten zu verwischen, schwächt objektiv die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse!
- + durch die Anbetung der „immer wieder im Sande verlaufenden“ spontanen Arbeiterbewegung, die Lobpreisung vieler lokaler Zentren unternimmt der KB den Versuch, die Arbeiterklasse ihrer Führung zu berauben, dem Proletariat die wichtigste Waffe aus der Hand zu schlagen – die Kommunistische Partei!

ANZEIGE



**Unentbehrliche Waffe
im Klassenkampf**



VERLAG ARBEITERKAMPF

J. Reents, 2000 Hamburg 13, Rutschbahn 35

Ein Abonnement für 6 Ausgaben kostet DM 4,80 inkl. Porto
Ein Abonnement für 12 Ausgaben kostet DM 9,60 inkl. Porto
Förderabonnement für 6 Ausgaben ab DM 6,-
Förderabonnement für 12 Ausgaben ab DM 12,-

Der ARBEITERKAMPF erscheint dreiwöchentlich.

Impressum

Druck und Verlag: Jürgen Reents
VERLAG ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35

Auflage: 2.500
verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers
Verlagsadresse

Brief der Bündniskommission des KB/Gruppe Hamburg an das Komitee „Kampf den Berufsverboten ...“

Nachdem in der Zusammenarbeit mehrere „Schweinereien“ passiert waren, richtete die ‚Bündniskommission‘ des KB den folgenden Brief an das Komitee „Kampf den Berufsverboten für fortschrittliche und kommunistische Lehrer“, das mit der „KPD“ freundschaftlich verbunden ist, und in dessen Reihen z. T. eine ähnliche Fehlhaltung zur Aktionseinheit mit dem KB zu finden ist wie bei der „KPD“.

Über diesen Brief fand ein Gespräch zwischen ‚Bündniskommission‘ und Komitee statt. Das Komitee versuchte zuerst, den Punkt 1 zu bestreiten und zu behaupten, die Äußerung von R.B. sei anders gewesen. „Leider“ konnte die ‚Bündniskommission‘ darauf verweisen, daß von der Veranstaltung zum

An das Komitee „Kampf den Berufsverboten für fortschrittliche und kommunistische Lehrer“

J. Mayr; 2 HH 13; Rappstr. 7

7.6.74

Genossen!

Wegen folgender Vorfälle sehen wir uns zu einer Stellungnahme gezwungen:

1. Auf der gemeinsamen 1. Mai-Veranstaltung von KB und „KPD“ (26.4.74) trat R.B. mit der Behauptung auf, der KB habe gegen den GEW-Ausschluß von Mayr, Bühler und Hauswald nichts unternommen bzw. keine Solidarität mit den betroffenen Kollegen geübt. R.B. hielt es dabei nicht einmal für notwendig, diesen schwerwiegenden Vorwurf politisch oder sonst irgendwie zu begründen.

Wir weisen darauf hin, daß etwa 140 Vertrauensleute der GEW gegen den Ausschluß von Mayr und Bühler gestimmt haben und etwa 250 gegen den Ausschluß von Hauswald. Vielleicht ist euch ja dieses Votum unerklärlich, weil diese Vertrauensleute schwerlich vom Komitee mobilisiert wurden, das zu diesem Zeitpunkt mit einer organisierten GEW-Arbeit ja gerade erst begonnen hatte. Eine solche Stimmabgabe entsteht jedoch nicht „spontan“, sondern ist Ergebnis einer seit langem geführten Auseinandersetzung in der GEW. Diese Auseinandersetzung wurde bereits geführt, als das Komitee noch gar nicht existierte. Dieser Kampf und Protest gegen die Gewerkschaftsausschlüsse ist daher maßgeblich zurückzuführen auf die Anstrengungen, Mobilisierung und Überzeugungsarbeit durch die konsequenten Demokraten in der GEW. Dieser Kampf wurde auch von uns schwerpunktmäßig geführt. Seit über einem Jahr nehmen ausnahmslos alle Flugblätter des KB zu den Vorgängen in der GEW gerade zum Thema Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Gewerkschaftsausschlüsse Stellung. Gegen die Vorlage von Reversen und den darauffolgenden Ausschluß von Mayr, Bühler, Hauswald und Laux durch den GEW-Vorstand haben wir sofort in einem Flugblatt (18.2.74) und im ARBEITERKAMPF (Nr. 41) protestiert. Es handelt sich also bei dem Verhalten von R.B. auf der Mai-Veranstaltung um eine plumpe und dreiste Lüge.

2. Auf einer Veranstaltung verschiedener Projektgruppen an der Uni, die vor einigen Wochen zum Thema „Schulkampf“ stattfand, wartete K., der gelegentlich als Vertreter des Komitees auftritt, mit „neuesten Informationen“ aus der GEW auf. Er wußte über die Abwahl der revisionistischen Vorstände in zwei Fachgruppen der GEW zu berichten. Dabei handelt es sich nicht nur, wie K. inzwischen selbst zugibt, um eine krasse Fehlinformation. Sein Auftritt war keineswegs mit den Kollegen in der GEW, auf die er sich bezog, abgesprochen. Dieses leichtsinnige und lässige Verhalten ist geeignet, den Bemühungen der GEW-Linken glatt in den Rücken zu fallen.

3. Das Komitee hat für den 12.6. zu einer Veranstaltung mit den Themen „Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse und Mainzer Kongreß der GEW“ aufgerufen. Als Vertreter des Komitees berichtete K. auf der FSR/Sitzung vom 6.6.74, man sei zwecks „Aktionseinheit“ an den KBW, KB und an betroffene Lehrer und

1. Mai eine vollständige Tonband-Aufzeichnung vorliegt, so daß das Komitee in diesem Punkt einen Rückzieher machen mußte.

Dem zweiten Punkt (Verbreitung von Falschmeldungen) mußte das Komitee zustimmen, da der Fall offensichtlich war.

Zum vierten Punkt bestritt das Komitee, daß Leute öffentlich als „KB-Mitglieder“ genannt worden seien. Dies sei nicht die Praxis des Komitees. Tatsächlich sind die Vorfälle aber belegbar. Zum dritten Punkt hält das Komitee an der Behauptung fest, es habe individuell über einzelne KB-Genossen bzw. Leute, die es dafür hält, den KB zur gemeinsamen Aktion aufgefordert. Abgesehen von der Seltsamkeit dieses Verfahrens wird das von den Betroffenen bestritten.

Eltern herangetreten. Bei näherem Nachfragen stellte sich dann heraus, daß der KB keine schriftliche Aufforderung erhalten hat, weil es dem Komitee „nicht in erster Linie um die Organisation geht, sondern darum, daß die betroffenen Lehrer- und Eltern-genossen des KB diese Veranstaltung unterstützen“. Da diese Petition jedoch allzu krass und entlarvend war, gab K. dann eine etwas veränderte Version des Verhaltens des Komitees: Man sei im Kerngebiet Altona bei den Elternräten und in der GEW an KB-Genossen herangetreten und hätte somit den KB zur Aktionseinheit aufgefordert. Abgesehen davon, daß das eine sehr ungewöhnliche und denkbar schlechte Methode wäre, eine Organisation zur Aktionseinheit aufzufordern, ist diese Behauptung ebenfalls unwahr: Weder einem Genossen des KB noch einem Kollegen, den man dafür hält, gegenüber ist vom Komitee auch nur im mindesten angedeutet worden, daß man an einer Aktionseinheit mit dem KB interessiert ist und daß er dies unserer Organisation mitteilen möge. Es ist also an keiner Stelle, weder unseren Genossen noch Sympathisanten noch anderen Menschen gegenüber, weder mündlich noch schriftlich eine Aufforderung zur Aktionseinheit an den KB gegangen. Sondern man ist tatsächlich so verfahren: „An der Organisation sind wir nicht interessiert, aber ihre Genossen und Sympathisanten sollten die Veranstaltung unterstützen“. Dann soll man sich aber nicht hinstellen und behaupten, man würde sich für die Aktionseinheit einsetzen.

4. Auf der FSR-Sitzung am PI (6.6.74) nannte K. einen Lehrer und einen Elternrat namentlich als „KB-Mitglieder“, um zu „beweisen“, daß man „an den KB herangetreten“ sei. Ebenso seid ihr in der GEW mit Namen von angeblichen KB-Mitgliedern hausieren gegangen und zwar auf der Ebene des Klatsches innerhalb der GEW-Linken. Dabei ist es mindestens in einem Fall nachweisbar, daß ihr sogar unabhängige Kollegen, die sich für eine Sache engagiert haben, im nachhinein als „KB-Mitglieder“ denunziert. Angesichts der realen Lage ist das geradezu ein unglaublich verantwortungsloses Treiben. Wir betrachten es als unsere Pflicht nicht nur gegenüber unseren Mitgliedern, sondern auch gegenüber unabhängigen Demokraten in der GEW, dafür zu sorgen, daß dieses Verhalten abgestellt wird.

Wenn ihr auf diesem Verhalten besteht und davon nicht abzubringen seid, macht ihr es unmöglich, eine solidarische und sachliche politische Auseinandersetzung mit euch zu führen (siehe Punkt 1.);

euch Informationen über die Situation in der GEW zu geben (siehe Punkt 2.);

Aktionseinheiten mit euch zu schließen, weil ihr einen lächerlichen „Führungsanspruch“ durchsetzen wollt (siehe Punkt 3.); ferner macht ihr jede Kontaktaufnahme und konkrete Zusammenarbeit innerhalb der GEW unmöglich (siehe Punkt 4.).

Wir fordern euch daher auf, zu erklären und zuzusichern, daß dieses Verhalten in Zukunft unterbleibt.

Unabhängig vom Ausgang dieser Auseinandersetzung behalten wir uns vor, diese Vorgänge öffentlich bekannt zu machen.

Bündniskommission des KB,
Gruppe Hamburg

Offener Brief der Leitung des KB an die Mitglieder und Sympathisanten der „KPD“

Liebe Genossen,
in diesem und im vorigen Jahr, verstärkt seit dem 1. Mai dieses Jahres, hat es in Hamburg zu verschiedenen Anlässen ein gemeinsames Vorgehen von KB und „KPD“ gegeben.

Wir haben uns dabei, ungeachtet Eures in Hamburg tatsächlich relativ geringen Einflusses, immer daran gehalten, mit Eurer Organisation auf einer Basis der Gleichberechtigung und der Solidarität zusammen zu arbeiten.

Wir bitten Euch aber, diese Tatsache nicht falsch zu verstehen. Euer „Regionalkomitee“ kann sich offenbar solidarische Beziehungen zwischen kommunistischen Organisationen nicht vorstellen und interpretiert unser Verhalten als Ausdruck von Schwäche, als Ausdruck von Widersprüchen in den Reihen des KB, „Druck von der Basis“ usw.

Täuscht Euch bitte nicht! Verlaßt Euch nicht auf die törichten Behauptungen Eures „Regionalkomitees“ über „innere Widersprüche“ im KB, sondern fragt die Mitglieder und Sympathisanten des KB danach. Ihr werdet im Gegenteil finden, daß die meisten unserer Genossen ausgesprochen **s a u e r** sind über Politik und Verhalten Eurer Organisation, und speziell über ihr Herangehen an die Aktionseinheit.

Außerdem gehen Eure Führer an die erträumte „Spaltung des KB“ genauso unrealistisch, dilettantisch, ungeduldig und kopflos heran wie an die Kämpfe der Arbeiterklasse. Statt zu versuchen, die Mitglieder und Sympathisanten des KB durch eine ernsthafte politisch-theoretische Auseinandersetzung, vor allem in Eurer Presse, und durch solidarisches Auftreten in der Aktionseinheit zu überzeugen – was wir als nützlich im Interesse von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit begrüßt hätten – scheint Euer „Regionalkomitee“ ein Opfer der Vorstellung zu sein, man könne den KB „in kurzer Zeit“ (!) spalten, indem man Lügen über seine Politik verbreitet, in der Aktions-einheit recht unverschämt auftritt usw.

Das von uns veröffentlichte Papier „Zur Kritik am KB“ ist ein anschauliches Beispiel dafür, mit welch erbärmlichem Rüstzeug Euch Euer „Regionalkomitee“ auf die Reise schickt, um „den falschen Vorstellungen des KB entschieden und anschaulich entgegenzutreten zu können“ und um „die klassenbewußten, fortschrittlichen Mitglieder des KB (zu) gewinnen“. Die Mitglieder und Sympathisanten des KB lachen Euch doch aus, wenn Ihr ihnen mit solchem Unsinn kommt, daß der KB z.B. eine „Rechtsentwicklung des Volkes“ behauptet, daß er die SPD für „demokratisch und entspannungsfreundlich“ halte, daß er den Ausbau des imperialistischen Staatsapparats durch die SPD leugne und andere Unwahrheiten mehr, wie sie in diesem Papier stehen.

Wir wollen hier nicht einzeln auf jede dieser Erfindungen eingehen. Denn diejenigen unter Euch, die ihre „Kenntnisse“ über den KB lieber ausschließlich aus solchen Papieren Eures „Regionalkomitees“ bzw. aus der „Roten Fahne“ beziehen, werden wir auch dann nicht überzeugen. Den anderen aber schlagen wir vor: Lest selbst die Veröffentlichungen des KB, auch die älteren Veröffentlichungen sind in Nachdrucken erhältlich. Lest vor allem den Artikel in der demnächst erscheinenden Nummer unserer Zeitung UNSER WEG, in dem ausführlich auf wesentliche Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und der „KPD“ eingegangen wird.

Wir wenden uns mit diesem „Offenen Brief“ an Euch, weil wir daran interessiert sind, daß im Interesse der Arbeiterklasse zwischen KB und „KPD“, wie auch mit anderen kommunisti-

schen Organisationen, eine solidarische Auseinandersetzung und Zusammenarbeit in Gang kommt, und weil wir dagegen sind, daß dies von einigen politischen Dilettanten schon im Ansatz kaputt gemacht wird.

Denn offensichtlich lassen sich Eure Führer von ihrer eigenen Illusion, „in kurzer Zeit“ den KB über den Haufen rennen und „zerschlagen“ zu können, zu einem abenteuerlichen und unverschämten Auftreten in der Aktionseinheit mit uns verleiten:

Das jüngste Beispiel dafür ist das Verhalten Eures „Regionalkomitees“ zu der schließlich nur von KB, SSB und dem RBJ durchgeführten Veranstaltung am 7. Juni („Kampf dem Faschismus“). Wir hatten unmittelbar nach Bekanntwerden des Massakers von Brescia diese Veranstaltung beschlossen und Eurem „Regionalkomitee“ am 29. Mai den Wunsch mitgeteilt, dies gemeinsam mit Euch, mit der EKKE und mit türkischen Genossen zu machen. Nachdem Euer „Regionalkomitee“ zunächst seine Bereitschaft dazu erkennen ließ, wurde uns plötzlich am Dienstag, 4. Juni, mitgeteilt, Ihr würdet den Termin für „nicht günstig“ halten, weil Ihr etwas anderes vorhättet. Es wurde dann für Mittwoch, 5. Juni, ein weiteres Gespräch vereinbart, wozu Euer „Regionalkomitee“ gar nicht erst erschien. Am 7. Juni im Audimax, kurz vor Beginn der Veranstaltung, kam dann Euer Führer „Th.“ zu dem Genossen, der für den KB die Verhandlungen geführt hatte, entschuldigte sich ausdrücklich und mehrfach für dieses Verhalten und bat darum, ebenfalls noch einen Beitrag halten zu dürfen. Ihm wurde gesagt, daß der KB sich nach dem Wegbleiben der „KPD“ natürlich darauf eingerichtet hatte, die Veranstaltung ohne die „KPD“ durchzuführen; daß entsprechend Referate ausgearbeitet seien, die wir auch halten würden; wenn dann noch Zeit sei, so möge die „KPD“ auch einen Beitrag halten. Dies geschah dann auch so. Euer Führer nutzte diese Rede dazu, die Dinge auf den Kopf zu stellen und uns demagogisch vorzuwerfen, wir wollten praktisch die Diskussion mit der „KPD“ unterdrücken. Bitte, überzeugt Euch einmal in Gesprächen mit den Mitgliedern und Sympathisanten des KB davon, welchen Eindruck dieser Auftritt hinterlassen hat.

Wir finden es auch bedauerlich, daß in dem Papier Eures „Regionalkomitees“ „Zur Kritik am KB“ erneut behauptet wird, wir hätten am 1. Mai (bzw. in der Vorbereitung dazu) irgendwelchen Forderungen Eurer Partei „zugestimmt“. Euer „Regionalkomitee“ kam vor dem 1. Mai mit einem Parolenpaket zu uns, daß – abgesehen von der „Gegen die Brandt-Regierung“-Parole und der Gewerkschaftsparole („Hinein ...“ etc.) – alle wesentlichen Parolen der „KPD“ enthielt. Wir sagten Euren Genossen, daß wir keine Einwände haben, wenn die „KPD“ unter diesen Parolen am 1. Mai mit uns eine Aktions-einheit eingehen will. In einem Flugblatt Eurer Organisation und in der „Roten Fahne“ (14/74) war dann jedoch wahrheitswidrig die Behauptung zu lesen, diese von euch aufgestellten Parolen seien von uns als Grundlage des gemeinsamen Vorgehens anerkannt worden. Wir beschränkten uns leider auf einen mündlichen Protest dagegen und gaben uns mit einer Entschuldigung Eures „Regionalkomitees“ wegen des „Mißverständnisses“ zufrieden. Sicher war es, wie nachträglich sich klar zeigt, ein Fehler von uns, daß wir nicht auf einer öffentlichen Richtigstellung bestanden, da Eure Führer offen-

bar unsere Großzügigkeit permanent als Schwäche mißverstehen. — Nun taucht also dieses „Mißverständnis“ in der internen „Kritik am KB“ wieder auf.

Genossen, wir rechnen im Gegensatz zu Eurem „Regionalkomitee“ nicht damit, Euch „in kurzer Zeit“ überzeugen zu können. Dies kann allenfalls in einem längeren Prozeß von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit geschehen. Worum wir Euch jetzt aber schon bitten, ist, daß Ihr im Inte-

resse der Arbeiterklasse — und nicht im Interesse des KB oder der „KPD“ — um die Verteidigung und Weiterentwicklung einer solidarischen Zusammenarbeit und Auseinandersetzung zwischen Organisationen der revolutionären Linken kämpft.

mit kommunistischem Gruß
Leitung des KB/Gruppe Hamburg

Anzeige

Unser Weg 23

AUS DEM INHALT:

- 1) ZUSAMMENARBEIT UND AUSEINANDERSETZUNG MIT DER "KPD"
- 2) ZUR WESTEUROPÄISCHEN CHILE-KONFERENZ IN FRANKFURT
-Resolution der internationalen Chile-Konferenz
in Frankfurt am Main vom 23.-27.4.1974
-Bedeutung der chilenischen Erfahrung für die Linke
(KB-Beitrag)
-Chile: Unsere Pariser Kommune
Beitrag der Lotta Continua
- 3) PROPAGANDA DER FASCHISTEN
- 4) BERUFSAUSBILDUNG IN STUFEN
- 5) DIE ARBEITSORDNUNG VON BLOHM & VOSS
- 6) "SELBSTKRITIK" Marke KBW
- 7) EINIGE ANMERKUNGEN ZUM AKTIONISMUS DES KBW/HAMBURG
ANLÄSSLICH DES 25.JAHRESTAGES DER BRD-VERFASSUNG
- ein Leserbrief -
- 8) ...UND JETZT IST DER KBW VÖLLIG ÜBERGESCHNAPPT

ca. 40 Seiten

ERSCHEINT IN KÜRZE